

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 39 • Landtagssitzung 27. - 28. Januar 2010

Wie die Kesselflicker

SPD- und CDU-Fraktion haben natürlich unseren Antrag „Regierungserklärung zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011“ abgelehnt. Wir halten eine Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten aber für dringend erforderlich,

auspricht, blockiert die SPD konsequentes Kommunalisieren. Sie streiten sich wie die Kesselflicker.

Auch die Energiepolitik der regierenden Koalition ist desaströs. Im Koalitionsvertrag hatte man sich geeinigt, eine Gesamtstrategie „Energie-land 2020“ zu erarbeiten. Erneuer-

Wohlgemerkt: Es handelt sich um zwei Gesetzentwürfe und nicht, wie man bei einer Koalition erwarten sollte, um einen. Inzwischen haben wir es mit einer wohl kalkulierten „unendlichen Geschichte“ zu tun.

Die Warteliste kann beliebig fortgesetzt werden. So warten Träger von Kitas, Eltern und Kinder auf die Novellierung des Kita-Gesetzes. Und während sie alle immer noch warten, schießen die Kosten für die Kinderbetreuung landauf, landab in die Höhe.

Wo bleiben die Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes? Sie müssen endlich auf den Tisch, denn sie sind

Grundlage für die Zielvereinbarungen zwischen Bildungsministerium und Hochschulen, die noch geltenden laufen bereits Ende dieses Jahres ab! Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich SPD und CDU gegenseitig im Regierungshandeln blockieren. Das Nachsehen haben die Bürgerinnen und Bürger.

Angesichts des desolaten Zustandes der Koalition und vor allem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss der Ministerpräsident sagen, was Sache ist. Worauf dürfen, oder besser gesagt, müssen sich die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einstellen? In der Öffentlichkeit herrscht jedenfalls schon heute der Eindruck, dass SPD und CDU bereits selbst nicht mehr an sich glauben, geschweige denn eine gedeihliche Zukunft gestalten können.

Helmut Holter

Aufgefallen

Ohne Herz und Verstand

Von Helmut Holter

Es ist traurige Realität, dass in diesem Land immer bei den Schwachen gespart wird. So ist es nur folgerichtig, dass Hartz-IV-Familien gar nichts von den 20 Euro Kindergelderhöhung haben, weil es von der Leistung abgezogen wird. Das ist beschämend und fortgesetzter Diebstahl an den Kindern, die damit zunehmend ihrer Chancen beraubt werden, z.B. an Ausflügen teilzunehmen, ins Schwimmbad zu gehen oder auch nur ein gesundes Essen auf den Teller zu bekommen.

Jetzt hat die Bundesanstalt aus ihrer Sicht einen Fehler gemacht und im Januar die 20 Euro überwiesen. Mit nicht zu übertreffender sozialer Kälte werden diese 20 Euro jetzt zurückgefordert – von den Familien, die darauf vertraut haben, dass die Bescheide richtig waren. Damit verbunden ist ein riesiger bürokratischer Aufwand, der deutlich mehr kostet als an Rückzahlung zu erwarten ist. Das ist Schikane pur! Hat die Bundesregierung eigentlich schon die Milliarden zurückgefordert, die sie den Banken in den Rachen geworfen hat? Aber nein, diese sind ja „systemrelevant“ – da greift man lieber Kindern aus armen Familien in die Tasche. Wenn die Bundesregierung auch nur einen Funken Verstand und Menschlichkeit besitzt, dann beseitigt sie die himelschreienden Ungerechtigkeiten in Hartz IV – oder schafft das ganze Machwerk am besten gleich ab.



weil es große Baustellen bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages gibt. Dazu haben wir es mit einer Vielzahl von Ankündigungen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu tun – dabei ist es aber auch geblieben.

SPD und CDU sind derart zerstritten, dass man erhebliche Zweifel haben muss, ob die Koalition überhaupt regierungsfähig ist, ob sie gestalten kann oder nur mehr schlecht als recht verwaltet.

Das gegenwärtig wohl herausragende Beispiel ist die geplante Verwaltungsreform – nach eigenem Bekunden der Großkoalitionäre das wichtigste Vorhaben in dieser Legislatur. Sie hat sich schon längst zu einem Stück aus dem Tollhaus entwickelt. Die Koalitionäre sind nicht einmal in der Lage zu sagen, wo es denn hingehen soll. Während sich die CDU für mehr Aufgabenübertragung vom Land an die Kommunen

bare Energien sollten einen Schwerpunkt bilden. Weil sich lange nichts getan hat, haben die Koalitionsfraktionen die Landesregierung im September 2007 die Landesregierung beauftragt, die „Gesamtstrategie“ im Mai 2008 vorzulegen. Im April 2009 war es schließlich soweit, und heute ist klar, dass die darin für 2020 formulierten Ziele schon heute überholt sind, und rund um das inzwischen gescheiterte Steinkohlekraftwerk gestrickt war.

Was ist mit dem Landesvergabegesetz? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die erwartet haben, dass wenigstens der öffentliche Auftraggeber nicht Dumpinglöhnen hinterherläuft, müssen sich doch veralbert vorkommen! Bereits im Juni 2008 forderte der Landtag die Landesregierung auf, die Vergabegesetzentwürfe von SPD und CDU zu prüfen.

Hartz IV überwinden

Obwohl Vertreter aller Parteien davon reden, dass Hartz IV verbessert werden sollte, haben SPD und CDU unseren Antrag „Hartz IV überwinden – grundlegende Änderungen auf den Weg bringen“ abgelehnt. Wir wollten von der Landesregierung wissen, welchen Korrekturbedarf sie an Hartz IV sieht und welche Vorschläge sie hat, um Armut und prekäre Beschäftigung entgegen zu wirken und eine chancengleiche Entwicklung für alle sicher zu stellen. Fehlansage.

Regine Lück

Nacktscanner verhindern

Wir meinen, dass der Einsatz von Nacktscannern auf Flughäfen verhindert werden muss. Sie verletzen die Persönlichkeitsrechte und bergen gesundheitliche Risiken. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, dass es dadurch mehr Sicherheit vor Terroranschlägen gibt. SPD und CDU lehnten unseren entsprechenden Antrag ab, dass sich die Landesregierung auf Bundes- und Europalebene gegen den Einsatz von Nacktscannern engagiert.

Barbara Borchardt



Unabhängigkeit der Richter stärken

Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU sind nicht bereit, sich an einer Diskussion über die „Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte“ zu beteiligen und haben unseren entsprechenden Antrag abgelehnt. Dabei wird der grundgesetzlichen Bestimmung, wonach Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen sind, nicht vollends Rechnung getragen. Tatsächlich sind sie in wesentlichen Angelegenheiten

Kreisgebietsreform auf 2014 verschieben

Erwartungsgemäß wurde unser Antrag „Kreisgebietsreform verschieben und 2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen“ abgelehnt. SPD und CDU wollen die Reform nach ihrem Gusto durchsetzen, obwohl in den Anhörungen sehr deutlich kritisiert wurde, dass die Gesetzentwürfe in wesentlichen Punkten gegen das vom Landtag beschlossene Leitbild verstoßen und die Aufgabenzuordnung völlig unzureichend ist. Die geplante Umsetzung 2011 wird zu einer Häufung von Kommunalwahlen binnen weniger Jahren führen. Dies

schwächt das Ehrenamt, denn für eine derart kurze Legislatur werden weniger für die Kommunalparlamente kandidieren, und die Wahlmüdigkeit wird steigen. Die Zeit bis 2011 ist zu kurz, die Reform fundiert vorzubereiten. In den Anhörungen wurde vielfach gefordert, die Kreisgebietsreform auf den Zeitpunkt der Kommunalwahlen 2014 zu verschieben. Dies würde u.a. das Zusammenwachsen der Kreise fördern, sinnvolle Erfahrungen aus dem voran gegangenen Versuch könnten einfließen.

Peter Ritter

Medizinische Versorgung sichern

SPD und CDU sind nicht bereit, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass das Zusammenwachsen und -wirken von ambulanten und stationären Einrichtungen vorangebracht wird und haben unseren Antrag „Medizinische Versorgungszentren (MVZ) erhalten und ausbauen – für ein flächendeckendes solidarisches Gesundheitswesen“ abgelehnt. Nach einer Festlegung im schwarz-gelben Koalitionsvertrag sollen MVZ nur noch unter bestimmten Vorausset-

zungen zugelassen werden. Damit droht eine Verfestigung der sektoralen Aufgliederung in ambulant und stationär, was kostenintensiv ist und der bedarfsgerechten Versorgung zuwiderläuft. Gerade im dünn besiedelten M-V können die MVZ gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern sowie den diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen einen wichtigen Beitrag zur medizinischen Versorgung leisten.

Dr. Marianne Linke

Neues NPD-Verbotsverfahren!

Der 27. Januar 2010, der Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus, ist für uns Mahnung und Verpflichtung, sich allen Formen von Unterdrückung und Gewalt entgegen zu stellen. Die Erinnerung an die Vergangenheit, das Gedenken an die Opfer

ist verbunden mit der Pflicht, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Ein Baustein im Kampf gegen grassierenden Rechtsextremismus muss ein Verbot der NPD sein. Es ist höchste Zeit ein neues gerichtsfestes Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen.

Peter Ritter

Selbstständige Schule

Die Regierungsfaktionen lehnen es ab, dass die Landesregierung dem Landtag Ende März einen „Bericht zur Umsetzung des Schulgesetzes“ abgibt. Sie sind offenbar nicht willens, darüber zu informieren, wie weit es mit der Selbstständige Schule ist, die mit dem Gesetz eingeführt wurde.

Nach einem halben Jahr Geltungsdauer ist der Landtag über Erfahrungen bei der Umsetzung der pädagogischen und organisatorischen Ziele, Methoden und Verfahren zu unterrichten, wie Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Schulleitungen für die neuen Aufgaben; Formen der Zusammenarbeit zwischen Kita, Grundschule und Hort; Sicherung eines bedarfsgerechten Bildungsangebotes bei Sicherung eines flächendeckenden Schulnetzes.

Andreas Bluhm

Eckwerte für Hochschulen

Unser Antrag „Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes M-V“, wonach die Landesregierung dem Landtag diese spätestens bis Ende März vorlegen sollte, wurde abgelehnt. Die Eckwerte sind Grundlage für die Verhandlungen zu den Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen. Die derzeit gültigen Zielvereinbarungen enden zum 31. 12. 2010.

Da sowohl die Eckwerte als auch die Zielvereinbarungen abschließend vom Landtag beraten werden müssen, ist es erforderlich, dass diese Dokumente rechtzeitig vorliegen, damit sich das Parlament ohne Zeitdruck damit befassen kann. Bildungsminister Tesch hat trotz Ablehnung unseres Antrages die Vorlage der Eckwerte bis Ende März zugesagt.

Prof. Dr. Wolfgang Methling

Impressum: Der aktuelle Fraktionsreport wird herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE. im Landtag M-V; Tel. 0385/5252500; E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-mv.de
29. Januar 2010